



Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik – ein Widerspruch?

Entwicklung und Zusammenarbeit P 1/6/78, 19. Jahrgang, Juni 1978

Herausgegeben von der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung

Redaktion: Inga Krugmann-Randolf, Ursula Bell

Fremdsprachige Ausgaben erscheinen vierteljährlich

Redaktion D + C englisch: Dieter Brauer, D + C spanisch: Mariano Fernández A.,

D + C französisch: Dr. Phan-huy Oánh

Anschrift: Postfach 120 518, 5300 Bonn 12, Telefon 2130 41-46, Fernschreiber: 8-86 710

Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht stets die Meinung des Herausgebers und der Redaktion dar.

Satz und Druck: C. Brandt, 5300 Bonn, Rathausgasse 13



**Deutsche Stiftung
für
internationale Entwicklung**

Präsident des Kuratoriums:

Reinhard Bühling, MdB

Stellvertreter:

Dr. Heinrich Aigner, MdB

Norbert Burger, Ministerialdirektor,

Bundesministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit

Hans-Günter Hoppe, MdB

Johann Peter Josten, MdB

Kuratoren:

Frau Brigitte Freyh

Dr. Gerhard Fritz

1 Berlin 30, Rauchstraße 25

Tel.: 030-2606-1, FS: 181 615



Vertretung Bonn der DSE

Manfred Wodrich

Stellvertreter der Kuratoren

53 Bonn, Simrockstraße 1

Tel.: 02221-213041, FS: 886 710



Verwaltung

1 Berlin 30, Rauchstraße 25

Tel.: 030-2606-1, FS: 181 615



Abteilung Erziehung,

Wissenschaft und Dokumentation:

Erziehung und Wissenschaft

53 Bonn, Simrockstraße 1

Tel.: 02221-213041, FS: 886 710

Zentrale Dokumentation

53 Bonn, Endenicher Straße 41

Tel.: 02221-631881, FS: 886 710



Seminarzentrum für

Wirtschafts- und

Sozialentwicklung

1 Berlin 27, Reihewerder,

Villa Borsig

Tel.: 030-4 30 71, FS: 181 615



Zentralstelle für Auslandskunde

534 Bad Honnef, Lohfelder Str. 160

Tel.: 02224-2033-2037, FS: 886 710



Zentralstelle für

öffentliche Verwaltung

1 Berlin 30, Rauchstraße 22

Tel.: 030-2606-1, FS: 181 615



Zentralstelle für

gewerbliche Berufsförderung

68 Mannheim 1, Käthe-Kollwitz-Str. 15

Tel.: 0621-333081-83,

FS: 4 63 312



Zentralstelle für Ernährung

und Landwirtschaft

8133 Feldafing/Obb.,

Wielinger Straße 52

Tel.: 08157-2081-83, FS: 5 26 436

Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik – ein Widerspruch?

I. Einführung in das Thema

Uwe Simson: Bedürfnisorientierung und Entwicklungspolitik 3

II. Hauptteil

Detlef Schwefel: Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik 5

Thomas Krings: Schwachstellen bisheriger Entwicklungspolitik 8

III. Dokumentation

Zusammengestellt von Detlef Schwefel und Uwe Simson 10

IV. Theoretische Grundlagen

Karl Wohlmuth: Gebrauchswert – Kurze Geschichte und aktuelle Bedeutung
eines Begriffs 13

Hanns-Peter Neuhoff: Marktmechanismus und Bedürfnisbefriedigung 15

Christa Lewerenz: Bedürfnisse aus völkerkundlicher Sicht 17

Edmund F. Hippel: Die „Theorie vom großen Kuchen“ 19

V. Stimmen der Dritten Welt

Antonio Fernández Ibáñez: Einleitung von Entwicklungsprozessen durch
Wohnungsbauprogramme im Marginalbereich 20

Albert Tévoédjrè: Die Armut, Reichtum der Nationen 22

J. Henry Okullu: Ist Afrikas Entwicklung eigenständig? 23

VI. Umsetzung in die Praxis

Hanns-Peter Neuhoff/Detlef Schwefel: Bedürfnisorientierte Prüfung von
Projekten, Programmen und Politiken 25

Lothar Kotzsch: Einfache Planungstechniken für grundbedürfnisorientierte
Entwicklung 28

Josef Müller: Auf der Suche nach alternativen Ansätzen zur Grunderziehung 31

Gerhard Bierwirth: Angepaßte Technologie – zweckmäßige Politik 34

Detlef Schwefel/Hanns-Peter Neuhoff: Weiterführende Literatur zum Thema
dieser Ausgabe 36

Entwicklungshelfer und Grundbedürfnisse 37

Rubriken

Kurzinformationen 38

Namen und Nachrichten 42

Die Bücherseite 43

Titelfoto: Der Fortschritt, den die Entwicklung bringt, geht häufig an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Foto: Siebert

Rückseite: Ihre Sorgen – unsere Sorgen.

Fotos: Rostan, FAO, Siebert

II. HAUPTTEIL

Detlef Schwefel

Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik

Bedürfnisbefriedigung ist Ursprung, Aufgabe und Rechtfertigung von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Binsenweisheit steht in allen ökonomischen Lehrbüchern. Sie ging in die Binsen. Denn es werden fast nur die Bedürfnisse der Reichsten befriedigt, wenn man zwischen *Bedürfnis* und *Nachfrage* nicht unterscheidet. Eine bedürfnisorientierte Entwicklungspolitik zu fordern heißt deshalb: der sozialen Irrelevanz und Inhumanität der herrschenden Ökonomie den Kampf anzusagen. Diese Kampfansage muß kein Schattenboxen bleiben. Es gibt durchaus schon Methoden und Instrumente, die Entwicklungspolitik an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung auszurichten. Wo bleibt der politische Wille, sie anzuwenden?

Ein neues Zauberwort geht um in Entwicklungskreisen: Bedürfnisse. Über einen so vagen und nebelhaften Begriff läßt sich trefflich diskutieren und debattieren. In einen solchen Nebel kann jeder seine eigenen Interessen und (Vor-)Urteile hineininterpretieren – ein Rorschach-Test auf internationaler Ebene, bei dem das Etikett „Bedürfnisse“ die Rolle eines Tintenkleckses spielt. OECD, ILO, ECOSOC und fast alle anderen internationalen Agenturen beteiligen sich an diesem neuen Gesellschaftsspiel. Dieses Schicksal teilt der Bedürfnisbegriff mit dem zum Schlagwort geronnenen Begriff der Lebensqualität.

Zurück zu den Klassikern

Dennoch scheint es einen Unterschied zu geben zwischen den Begriffen: Bedürfnis und Lebensqualität. Mit dem Rückgriff auf die Bedürfnisse ist eine Rückkehr zu einer fast schon klassischen Binsenwahrheit angedeutet, die sich seit Hunderten von Jahren in den Vorworten gesellschaftswissenschaftlicher Abhandlungen findet: Bedürfnisbefriedigung sei Ursprung, Aufgabe und Rechtfertigung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Unterscheidung zwischen Gebrauchswerten und Tauschwerten war den Klassikern wichtig; Gebrauchswerte befriedigen Bedürfnisse direkt. „Der Gebrauchswert verwirklicht sich nur im Verbrauch oder in der Konsumtion“; Bedürfnisbefriedigung, Verbrauch und Konsumtion sind nach Friedrich Engels das außerökonomische Ziel der Ökonomie. Im 20. Jahrhundert versteckte sich der Bedürfnisbegriff fast verschämt in Vorworten und Präambeln; als vermeintlicher Psychologismus wurde er an den Rand der Wissenschaften verdrängt. Dennoch: noch immer sieht der Brockhaus das Ziel der Wirtschaft in der Bedürfnisbefriedigung, ebenso wie beispielsweise das Staatslexikon. Ist also die Rückbesinnung auf die Bedürfnisse als Ausgangs- und Orientierungspunkt für wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten eine Rückkehr zu den Klassikern und zu lexikalischen Binsenwahrheiten, die lange Zeit in die Binsen gingen?

Die Krise der Ökonomie

Der Weltbankberater Mahbub ul Haq war einer der ersten, der den Bedürfnisbegriff für die internationale Entwicklungsdiskussion wiederbelebte. Er forderte, Minimalstandards für die Befriedigung von Grundbedürfnissen zu formulieren und die Produktionsplanung an einer Konsumplanung zu orientieren. Daß eine solche Forderung der herr-

schenden Ökonomie ins Gesicht schlägt, ist ihm klar: „Es ist an der Zeit, die ökonomische Theorie auf den Kopf zu stellen und zu sehen, ob etwas besseres dabei herauskommt.“ Rückbesinnung auf Bedürfnisse ist also auch eine Kampfansage an Ignoranz, Irrelevanz und Inhumanität herrschender Ökonomie.

Nachfrage versus Bedürfnis

Einige Zeit hatte die Ökonomie sich tatsächlich mit dem Bedürfnisbegriff zu befassen versucht. Es resultierten jedoch nur Bedürfnisklassifikationen in dem Sinne: es gibt diese und jene Bedürfnisgruppen. Die Neo-Klassik, d. h. die heute herrschende Volkswirtschaftslehre, delegierte die Bedürfnisfrage an die Psychologie; Bedürfnisse seien im wesentlichen subjektiv und individualistisch bestimmt. Nur das Individuum könne entscheiden, welche Bedürfnisse wichtiger seien. Eine vermeintlich wertfreie Wissenschaft könne nur feststellen, welche Bedürfnisse auf den Markt einwirken. Das zeige sich durch die Nachfrage auf dem Markt. *Die Nachfrage wurde zum Hauptindikator für Bedürfnisse. Diese einfache Gleichsetzung von Bedürfnis, Bedarf, Nutzen und Nachfrage aber gewichtete Bedürfnisse mit dem Geldbeutel. Sie berücksichtigte die Bedürfnisse der Reichen und Mächtigen sehr viel stärker als die der Armen und Ohnmächtigen.*

Auch Weltbankpräsident McNamara sah das Bruttosozialprodukt deswegen an als einen Maßstab für die Bedürfnisbefriedigung der Reichsten. Natürlich werden durch Nachfrage und Steigerung des Bruttosozialprodukts Bedürfnisse befriedigt, aber eben vorwiegend die der Reichsten. Rückbesinnung auf Bedürfnisse und Grundbedürfnisse bedeutet also Rückbesinnung auf die fundamentale Gleichheit menschlicher Leben. Das ökonomische Nachfragekonzept ist elitär, die Forderung der Bedürfnisdiskussion im wesentlichen egalitär.

Bedürfnisse, Markt und Staat

Daß der Marktmechanismus wichtige Bedürfnisse großer Gesellschaftsteile unbefriedigt läßt, ist oft genug nachgewiesen worden. Daß der Staat oftmals versucht, die schlimmsten kollektiven Versorgungsdefizite aufzuspüren und auszugleichen, ist sogar in kapitalistischen Gesellschaften aufweisbar, selbst wenn sich dies vor allem darauf bezieht, Voraussetzungen für das Funktionieren der Wirtschafts- und Marktspontaneität zu schaffen. Die typischen Staatsfunktionen weisen darauf hin: Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Infrastrukturpolitik und dergleichen. In diesen Bereichen kann staatliche Politik sich gar nicht nur an der Nachfrage orientieren. Eine Gesundheitspolitik, die beispielsweise jegliche Nachfrage nach medizinischen Leistungen befriedigen wollte – von plastischer Chirurgie bis

Dr. Detlef Schwefel ist Autor des Buches „Bedürfnisorientierte Planung und Evaluation“ in der Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Band 50, Berlin 1977, 456 Seiten. Eine Neuauflage besorgt der Nomos-Verlag, Baden-Baden. Gegenwärtig arbeitet Schwefel in der gesundheitswissenschaftlichen Forschung.

hin zu Nieren- und Herztransplantationen – wäre finanziell untragbar, auch in der Bundesrepublik.

Hier muß der Staat intervenieren, um Kollektivbedürfnisse zu befriedigen, über die der Markt hinwegwalzt und er muß darauf achten, daß ungerechtfertigte Nachfrage zumindest nicht staatlich subventioniert wird. Der Staat muß hier Bedürfnisse interpretieren und dafür Normen und Standards setzen, die sich an einer vertretbaren, „rationalen“ Nachfrage orientieren bzw. eine solche hervorrufen. Er tut es auch. Oftmals ist es jedoch ein mißklingendes Potpourri aus teilweise Irrationalem und halbwegs Richtigem, meist jedoch für die Falschen, d. h. die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit bleiben oft auf der Strecke. In Krisenzeiten griff auch der Staat in industrialisierten Ländern zu umfassenderen bedürfnisorientierten Politiken in Form von Rationierungen von Verbrauchsgütern und Produktionsmitteln. Eine strukturelle Dauerkrise ist insbesondere in den ausgebeuteten Ländern offensichtlich. Gerade hier muß der Staat ins Marktgeschehen eingreifen; er muß Standards und Normen setzen für Produktion und Verbrauch, will er die menschenverachtende Spontaneität des Marktes nicht zu spontan werden lassen.

Normen und Standards

Solche Normen und Standards können interpretiert werden als Antwort auf die Frage, ob und wie weit eine Nachfrage nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen sich legitimieren, begründen und rechtfertigen läßt. Es geht zugleich um die Frage, welche und wessen Nachfrage gefördert werden muß, um eventuelle gesellschaftlich unnötige Kosten gering zu halten. Solche unsinnigen Kosten entstehen ja, wenn z. B. 30 % der Bevölkerung unter- und 30 % überernährt sind. Es gibt dann „unnötige“ Nachfrage nach Gesundheitsdiensten gegen Ernährungsmangel und Fettleibigkeit.

Wer ist legitimiert, solche Standards und Normen aufzustellen? Können internationale Konferenzen das tun? Muß man warten auf eine rationale Diskussion freier Bürger? Kann es die Wissenschaft tun? Oder müssen nicht unterschiedliche Legitimationsquellen berücksichtigt werden:

- *demokratische*, d. h. die Beteiligung der Bevölkerung an der Ermittlung von Entwicklungsschwerpunkten,
- *wissenschaftliche*, d. h. z. B. wissenschaftlich begründete Standards ernährungsphysiologischer Art für die tägliche Zufuhr von Kalorien, Proteinen, Vitaminen, Aminosäuren und Empfehlungen über minimalen Wohnraum etc. Solche Standards lassen sich begründen durch empirischen Hinweis auf die Konsequenzen mangelhafter Bedürfnisbefriedigung,
- *individuelle*, oder solche, die auf das „felt need“ bezogen sind, d. h. Verbrauchspräferenzen bezüglich der Formen und Grade der Befriedigung von Bedürfnissen,
- *wirtschaftliche*, d. h. Argumente über die Produktivkräfte und Produktionsmöglichkeiten,
- *politische* Optionen bezüglich der Entwicklungsstrategie, d. h. Integration in den Welthandel oder Dissoziation oder Mischformen,
- *normative* Vorstellungen über die Gleichgewichtigkeit und Gleichrangigkeit menschlicher Leben.

In dem Maße, in dem Bedürfnisse sich sowohl wissenschaftlich als auch individuell und wirtschaftlich und politisch und normativ begründen lassen, kann man von Grundbedürfnissen sprechen.

Grundbedürfnisse

Nicht nur Ernest Mandel legt dar, daß „eine auch nur einigermaßen ernsthafte anthropologische und historische Untersuchung“ zu einem überschaubaren Satz von Grundbedürfnissen kommen wird: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Schmuck, Körpertraining, Hygiene, Freizeit. Die Universalität

der Grundbedürfniskategorien spiegelt sich auch wieder in den fast gleichlautenden Listen von Lebensbedingungen, die von DDR-Forschern, Vereinten Nationen, Bariloche-Modell und vielen anderen formuliert wurden: *Ernährung, Gesundheit, Kleidung, Wohnung, Bildung*. Friedrich Engels resümierte Karl Marx: „Wie Darwin das Gesetz der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können.“ Die von ECOSOC, ILO, Weltbank und anderen geforderten Minimalstandards beziehen sich auf vergleichbare Bereiche.

Aller intellektuellen Argumentiererei zum Trotz gibt es genügend empirische Hinweise darauf, welche Bedürfnisbereiche zuerst befriedigt werden müssen, ehe andere überhaupt aktiviert werden können. Der Nachweis der Konsequenzen von Unterernährung für Verhalten, Denken und Emotionalität, der Nachweis der Konsequenzen von unzureichendem Wohnungsschutz für Infektionen, Nahrungsmittellagerung und dergleichen, der Nachweis der Konsequenzen von mangelnder Ausbildung für die übrigen Bereiche der Lebensbedingungen – all das spricht für eine grundlegende Hierarchie von Bedürfniskomplexen. In dem Maße, in dem die funktionale Verflechtung von Bedürfniskomplexen nachgewiesen werden kann, in dem Maße kann man von Grundbedürfnissen sprechen. In dem Maße lassen sich ja auch Standards und Normen aufstellen, die sich daran orientieren, solche Konsequenzen möglichst gering zu halten. Das heißt keineswegs, daß andere – emotionale, nicht-materielle – Bedürfnisse unwichtig seien. Nur: eine Gesellschaft, die sich um die physischen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung kümmert, wird auch den emotionalen und psychischen ihren Spielraum lassen. Allerdings: die Emotionalität des Hungrigen ist eine andere als die des Satten.

Grundbedürfnis Ernährung

Solche übereinstimmende Rechtfertigung läßt sich sicherlich leichter finden bei einem Grundbedürfnis wie Ernährung, Wohnung und Kleidung als bei Bedürfnissen nach Haschisch, Ohrringen oder Luxuslimousinen. Am Beispiel der Ernährung kann auch der Unterschied zwischen legitimer Nachfrage (Bedarf) und Bedürfnis aufgezeigt werden. Wenn ernährungsphysiologisch bestätigte Defizite (Kalorienmangel z. B.), Ernährungspräferenzen (potentielle Nachfrage) und scharfe Ungleichheiten der Nahrungsmittelverteilung zusammentreffen, obwohl der Stand der Produktivkräfte (nicht: der aktuellen, geldbeutelorientierten Produktionskapazität) einen Mangel generell nicht erzwingt, dann kann man von einem noch ungesättigten Nahrungsmittelbedarf sprechen. Dieser Bedarf ergibt sich aus der Differenz zwischen tatsächlichem Verbrauch und rationalem Verbrauch. Einen derartigen Bedarf durch angebots- und nachfrageorientierte Produktions- und Verteilungspolitiken zu verringern ist Aufgabe einer bedürfnisorientierten Nahrungsmittel- und Ernährungspolitik als Teil der Entwicklungspolitik. Daß solche vielfältig legitimierten Standards und Normen für die wesentlichen Bedürfnisbereiche aufgestellt werden können, ist schon oft genug nachgewiesen worden. Wichtig ist, daß solche Standards und Normen unterschiedlich sich legitimieren lassen: demokratisch, wissenschaftlich, politisch, individuell, normativ etc. und nicht nur monetär.

Bedürfnisse im Süden, Osten und Westen

So neu ist die Diskussion über Bedürfnisse, und wie man sie zum Ausgangspunkt und Bezugsrahmen für Planung und Politik machen kann, gar nicht. Sehr konkrete Ansatzpunk-

te dazu finden sich in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt. In der Dritten Welt ist ohne Zweifel die Ernährung eines der dringendsten Grundbedürfnisse. Ohne ausreichende Ernährung ist ja nachgewiesenermaßen Verhalten, Emotionalität und Intellektualität mehr als nur gefährdet; frühzeitige Ernährungsschäden führen zu irreversiblen Gehirnschäden. Deshalb wunderten sich humane Ökonomen und ökonomische Ernährungsfachleute, zuerst und besonders in Lateinamerika, warum die Landwirtschaftspolitik sich so wenig um die Ernährung kümmert. Es ist auch irgendwie komisch, daß Landwirtschaftsplanung und -politik vor allem nur ausgerichtet sind auf makroökonomische Ziele. Daß die Frage, welche Gebrauchswerte produziert werden und wer sie braucht, zumeist nebensächlich blieb, erschien einigen Humanwissenschaftlern allmählich absurd. In der Zwischenzeit haben z. B. fast alle lateinamerikanischen Länder sog. nationale Nahrungsmittel- und Ernährungspolitiken institutionalisiert, beraten von einer Reihe der dort tätigen internationalen Institutionen. Solche Politiken orientieren zunächst einmal die Landwirtschaftspolitik an Ernährungszielen, an materiellen Verbrauchsstandards. Dazu werden Verbrauchsnormen im Naturalausdruck entwickelt, d. h. es wird ein Warenkorb mit Mohrrüben, Milch, Mandeln u.s.w. entworfen, der gegebenen finanziellen, gewohnheitsmäßigen, ernährungsphysiologischen und sonstigen Bedingungen genügt. An solch einem konsumbezogenen Warenkorb orientiert sich dann die Landwirtschaftspolitik. Es ist dies eine Landwirtschaftspolitik, die sich darum kümmert, was produziert wird, wie es verteilt wird und wer das Produzerte verbraucht und braucht. Daß ein solches materielles Planungsziel auch andere Sektoren berührt, ist klar. Ebenso klar ist, daß eine gebrauchswertorientierte Nahrungsmittel- und Ernährungspolitik eine Alternative zur herkömmlichen Wirtschaftsplanung entwirft. Es ist eine Alternative, die auf *Produktion und Verteilung von Gebrauchswerten* – Nahrungsmittel – hin ausgerichtet ist und nicht bloß auf die *Vermehrung von Tauschwerten* – Geld. In der Ersten Welt sind solche bedürfnisorientierten Politikentwürfe noch kaum gewagt worden. Eine allmähliche Diskussion über Bedürfnisse findet sich allerdings schon zaghaft in der Suche nach sozialen Indikatoren, die die Aussagegelosigkeit eines Maßstabs wie des Bruttosozialprodukts überwinden sollen. In der Zweiten Welt dagegen gilt als das „erste Grundgesetz des Sozialismus“: „maximale Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen als Hauptaufgabe“. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dieses Grundgesetz Ende der sechziger Jahre wiederentdeckt. Seither wird heftig debattiert über Bedürfnisse und wie man sie in der Volkswirtschaftsplanung berücksichtigen kann.

Zwischenbilanz

Der Überblick über einige internationale Ansätze der Bedürfnisdiskussion zeigt, daß es durchaus schon möglich ist, Bedürfnisse so zu präzisieren und empirisch zu erfassen, daß dies Ausgangs- und Orientierungspunkt von Analyse, Planung und Evaluierung sein kann. Am deutlichsten ist dies der Fall beim Bedürfniskomplex Ernährung. Rationale Verbrauchsbudgets können zur Zeit am ehesten schon für dieses Bedürfnis aufgestellt werden. Und Ernährung ist jenseits aller akademischen Skepsis ein Grundbedürfnis jeder menschlichen Existenz, die *conditio sine qua non* eines menschenwürdigen Überlebens.

Bedürfnisorientierte Entwicklungspolitik

Eine bedürfnisorientierte Entwicklungspolitik kann sich dementsprechend zunächst, aber nicht ausschließlich, auf den Bereich der landwirtschaftlichen Produktion beziehen. Hier sind die absurden und menschenverachtenden Auswirkungen einer bloß monetär und makro-ökonomisch orientierten

Resümee

Bedürfnisse zum Ausgangs- und Orientierungspunkt entwicklungspolitischer Aktivitäten zu nehmen, bedeutet dreierlei:

- sich distanzieren zu können von den Bedürfnissen weniger und mächtiger im Interesse der Bedürfnisse vieler;
- die Krise der herrschenden Ökonomie zu erkennen und konstruktiv zu überwinden;
- traditionell ökonomisch verzerrte Verwaltungsroutine über Bord zu werfen, zunächst einmal im BMZ und seinen Durchführungsorganisationen.

Diesen kritischen Aspekten entsprechen auch konstruktive. Zunächst gilt es, Budgets für einen rationalen Konsum von Gütern, Dienstleistungen und Zeit zu entwerfen, d. h. für eine rationale Lebensweise, die allen nützt und keinem schadet. Ein solcher Entwurf wird sich zunächst orientieren an Grundbedürfnissen, bleibt aber dabei nicht stehen. Ein solcher Entwurf bezieht sich zunächst auf Entwicklungsländer, bleibt aber auch dabei nicht stehen. Denn allzu klar ist, daß Entwicklungspolitik erst dann fruchtbar sein kann, wenn sie Rückwirkungen hat auf unsere eigene Politik. Daß Überlegungen und Entwürfe für einen rationalen Verbrauch von Gütern, Dienstleistungen und Zeit auch und gerade ansetzen müssen in hochentwickelten Ländern, ist ja keine besonders originelle Aussage. *Originell wäre es, wenn das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Ansatzpunkte liefern könnte für eine verbrauchsbezogene, bedürfnisorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.* Welches Ministerium könnte es sonst tun? Schließlich muß auch der bundesrepublikanische Staat sich dadurch rechtfertigen, daß er individuelle und kollektive Bedürfnisse befriedigt. Muß sich nicht eine Partei, die die Regierungsgewalt hat, dadurch legitimieren, daß sie die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt? Wirtschaft, Gesellschaft und Staat finden ihre Rechtfertigung in der Bedürfnisbefriedigung für alle und jeden. Diese Binsenweisheit gilt nicht nur für Entwicklungsländer.

tierten Landwirtschaftspolitik allzu deutlich. Eine Landwirtschaftshilfe und -politik, für die Ernährungsverbesserungen der Masse der Bevölkerung unbeabsichtigte und zweitrangige Nebeneffekte sind, während Zahlungsbilanzauswirkungen und das Erfüllen von eher willkürlich gesetzten Produktionszielen als vorrangig und „ökonomisch“ gelten, ist ja ein deutliches Symptom für die Krise der herrschenden Ökonomie. Es ist zugleich Zeichen für die Krise einer Entwicklungspolitik, die sich davon nicht zu distanzieren weiß.

Überlegungen über nationale Nahrungsmittel- und Ernährungspolitiken in Lateinamerika, bei FAO, United Nations University (UNU) und anderswo haben zeigen können, daß eine bedürfnisorientierte Landwirtschaftspolitik nicht nur denkbar, sondern auch schon machbar ist. Prinzip einer solchen Politik ist es, den integrierten Zyklus der Produktion zu planen, durchzusetzen und zu überprüfen. Dieser Zyklus bezieht sich auf ein materiell gebrauchswerthaft definiertes Ziel im Sinne einer rationalen Konsumtion. Die Produktionsplanung wird daran orientiert. Eine solche

Fortsetzung von Seite 7

bedürfnisorientierte Landwirtschaftspolitik kümmert sich also auch darum, wer, was, wann konsumiert.

Bedürfnisorientierte Entwicklungspolitik bleibt dabei nicht stehen. Sie überprüft auch die Frage, inwieweit Stahlwerke, Staudämme, Gesundheitsdienste, Fernmeldeanlagen, Zementfabriken, Ausbildungsprogramme sinnvoll für eine Bedürfnisbefriedigung eingesetzt werden oder werden können. Sie stellt solche Fragen nicht bloß auf Projekt- und Programmebene, sondern auch auf der Ebene internationaler Politiken. Daß auch hier deutlich gezeigt werden kann, wer bislang davon profitiert und welche und wessen Bedürfnisse befriedigt werden, hat nicht nur Johan Galtung des öfteren nachgewiesen.

Eine bedürfnisorientierte Evaluierung und Planung von Projekten, Programmen und Politiken ist durchaus heute schon möglich. Sie setzt allerdings ein bißchen Kreativität und Phantasie voraus. Sie setzt voraus, daß Lehrbuchweisheiten und der Konsensus der Gescheit(ert)en nicht mehr nachgebetet werden. Sie setzt voraus, sich zunächst einmal als Interessenvertreter der Mehrheit der Bevölkerung zu verstehen, nicht aber eines Landes oder einer Regierung, oder einer anderen Abstraktion.

III. DOKUMENTATION

Zusammengestellt von

Detlef Schwefel und Uwe Simson

Auch die zweite Entwicklungsdekade hat nicht die Erfolge gezeitigt, die man an sich erwartete. Wenn man sich fragt, warum dieses Ergebnis nicht so positiv ausfällt, so glaube ich, daß man folgendes anführen kann. Einmal waren die Leistungen der Industrieländer nicht hoch genug, auch die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer in vielen Bereichen nicht ausreichend. Zum anderen basiert die Strategie der zweiten Entwicklungsdekade zu sehr auf quantitativen Zielen abstrakten Wachstums und nicht auf der Befriedigung der Grundbedürfnisse und auf der Beseitigung von Armut. Zum dritten meine ich, daß diese Strategie keinen in sich schlüssigen Entwicklungsapproach aufweist. Fast alle Ratschläge waren einseitig an die Entwicklungsländer gerichtet, während die Entwicklungsprobleme der Industrieländer mit Stillschweigen übergangen worden sind.

Ich habe ebenso auch die Vernachlässigung sozialökonomischer Faktoren, wie etwa die Art der Produktion und die Einkommensverteilung zu beklagen. Die These, daß sich die Dritte Welt bei einer verstärkten Integration in die Weltwirtschaft rapide nach vorne entwickelt hätte, hat sich so in der Regel nicht erfüllt; bei erdölproduzierenden Staaten war das anders. Statt dessen wurde häufig die Abhängigkeit verstärkt und die Fähigkeit zur Selbständigkeit, die Fähigkeit zur self-reliance geschwächt.

Welche Folgerungen kann man daraus ziehen? Bei der letzten Debatte in den Vereinten Nationen, auch während der 32. Generalversammlung, fand ich es enttäuschend, daß keine Entscheidung über die weitere Vorbereitung einer neuen Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre gefällt worden ist. Die Entwicklungsländer haben einen einseitigen Entwurf vorgelegt, der nur auf die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung bezogen ist. Sie waren bedauerlicherweise nicht bereit, soziale Aspekte und Maßnahmen auf ihrer nationalen Ebene einzubeziehen. Hinter dieser Weigerung verbergen sich meines Erachtens nicht nur Souveränitätserwägungen, sondern auch die Furcht einiger Entwicklungsländer vor einer Diskussion ihrer internen sozialen Verhältnisse. Ich meine aber statt dessen, daß wir auf solche Erwägungen nicht verzichten können. Eine Strategie für die 80er Jahre muß meines Erachtens einen Begriff von Entwicklung umfassen, den ich als eine andere, als eine alternative Entwicklung bezeichnen möchte und der auf vier Pfeilern ruhen sollte.

Erstens. Eine andere Entwicklung muß auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse ausgerichtet sein. Dabei umfassen Grundbedürfnisse drei Elemente: Deckung des privaten Mindestbedarfs, Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen für die Gemeinschaft und Erfüllung mehr qualitativer Bedürfnisse, wie etwa eine gesunde, humane, befriedigende Umwelt, sowie eine Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen, die sie betreffen.

Zweitens. Eine andere Entwicklung muß aus dem Innern der Entwicklungsländer selbst heraus kommen und eigenständig sein, eigenständiger als bisher.

Drittens. Eine andere Entwicklung muß in Harmonie mit der Umwelt erfolgen.

Viertens. Eine andere Entwicklung erfordert gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturveränderungen, wie etwa eine Agrar- und Stadtreform, die Umverteilung auch des Reichtums, die Umgestaltung politischer Institu-

tionen mit der Zielrichtung auf mehr Dezentralisierung und Demokratisierung der Macht, Selbstverwaltung und Kontrolle der Bürokratie. Diese andere Entwicklung beginnt zu Hause.“

Dr. Uwe Holtz, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, am 10. 3. 1978 im Bundestag

Die Analyse der weltmarktorientierten Industrialisierung unterentwickelter Länder durch freie Produktionszonen und Weltmarktfabriken hat gezeigt, daß dieser Industrialisierungsprozeß, der durch die Veränderung der weltweiten Kapitalverwertung bestimmt ist, die Tendenz zu ungleicher und abhängiger Entwicklung der unterentwickelten Länder verschärft.

Je stärker sich dieser Prozeß der weltmarktorientierten Industrialisierung durchsetzen wird – und es gibt keine Hinweise darauf, daß sich diese Tendenz in der absehbaren Zukunft abschwächen wird –, um so mehr wird die Entwicklung der unterentwickelten Länder fortgesetzte Unterentwicklung sein.

In der klassischen internationalen Arbeitsteilung war der Prozeß der Unterentwicklung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bestimmt von der Entwicklung ihrer Ökonomien als Plantagen- und Rohstoffökonomien. Der jetzt hinzukommende und zunehmend dominierende Prozeß der weltmarktorientierten Industrialisierung der unterentwickelten Länder, der einerseits eine neue internationale Arbeitsteilung hervorbringt, stellt andererseits keine Ablösung, sondern eine Vertiefung des historischen Prozesses der Unterentwicklung dar. Die sozio-ökonomische Entwicklung der unterentwickelten Länder ist insofern nicht mehr nur abhängige und ungleiche Entwicklung von Plantagenwirtschaft und Bergbau, sondern abhängige und ungleiche Entwicklung von Plantagenwirtschaft, Bergbau und Industrie.

Zunächst kaum von Bedeutung ist, wie sich diese Entwicklung in den einzelnen Ländern quantitativ auf die einzelnen Sektoren verteilt. Zunächst entscheidend ist, daß sie insgesamt dieselben Auswirkungen hat. Diese Auswirkungen sind auch dadurch bestimmt, daß der globale Prozeß der Kapitalverwertung in den unterentwickelten Ländern nach wie vor ein anderes Ergebnis hervorbringt als in den Industrieländern. Die Hierarchie in der transnationalen Organisation der Produktion, deren Spitze eine kleine Gruppe von Industrieländern ist, bedeutet insbesondere auch, daß sich die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung in unterentwickelten Ländern und Industrieländern nach wie vor außerordentlich unterschiedlich entwickeln.

Obwohl der Prozeß der weltmarktorientierten Industrialisierung der unterentwickelten Länder zu erkennen ist als ein Prozeß, in den eine immer größere Zahl von Arbeitskräften integriert wird, obwohl zu erkennen ist, daß dieser Prozeß in verstärktem Maße die Verlagerung von Teilindustrien und Teilproduktionen aus den Industrieländern in die unterentwickelten Länder bedeutet, und obwohl zu erkennen ist, daß ein zunehmender Anteil der Weltindustrieproduktion auf die neuen Standorte in den unterentwickelten Ländern entfallen wird, ist nicht zu erkennen, daß dieser Prozeß eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung der unterentwickelten Länder herbeiführen wird. Eher zeichnet sich das Gegenteil ab, soweit eine Verschlechterung überhaupt noch möglich sein kann.

Auch wenn ein erheblicher Teil der Industrie von den traditionellen Industriestandorten an die neuen Standorte in unterentwickelten Ländern verlagert sein sollte, würde dies

nur bedeuten, daß nur ein relativ kleiner Teil der Menschen der unterentwickelten Länder in diesen Prozeß unmittelbar integriert werden würde. Dieser Prozeß hat nicht das Potential, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den unterentwickelten Ländern zu beseitigen; er hat nur das Potential, einen Teil der heute arbeitslosen Massen von Hunderten von Millionen Menschen zu niedrigsten Löhnen zu absorbieren; er hat andererseits die Konsequenz, den größeren Teil dieser Menschen zur industriellen Reservearmee zu degradieren.

Die Auswirkungen des weltmarktorientierten Industrialisierungsprozesses auf die unterentwickelten Länder sind also keineswegs nur darin zu sehen, daß die Produktion Beschäftigung nur für einen Teil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten bietet (zu Bedingungen, die häufig nicht einmal die Reproduktionskosten der Arbeitskraft sichern), sondern sie sind vor allem darin zu sehen, daß dieser Prozeß eine Perpetuierung der Strukturen von Abhängigkeit und ungleicher Entwicklung und damit eine Perpetuierung des Prozesses der Marginalisierung eines großen Teils der Bevölkerung der unterentwickelten Länder bedeutet, ohne daß auch nur im Ansatz die Voraussetzungen einer alternativen Entwicklung hervorgebracht werden.

Fröbel/Heinrichs/Kreye:
Die neue internationale
Arbeitsteilung, Reinbek 1977

Die traditionelle Entwicklungshilfe wird auch weiterhin von Bedeutung sein, vor allem für die ärmeren Entwicklungsländer, die aufgrund ihrer schwach diversifizierten Wirtschaftsstruktur Schwierigkeiten haben, massiv am Weltmarkt zu partizipieren. Was die Entwicklungsländer jedoch brauchen, ist ein neuer Ansatz in unserer Entwicklungshilfe, damit sichergestellt wird, daß Entwicklungshilfeleistungen nicht nur den reicheren Schichten in der Dritten Welt zugute kommen, sondern daß sich der oft zitierte trickle-down-Effekt wirklich auch bis unten hin auswirkt. Nur wenn sich dieser Umdenkungsprozeß in den reichen Industrienationen durchsetzt, wird es möglich sein, mit unseren Hilfeleistungen nicht nur Wachstum, sondern genuine Entwicklung zu induzieren . . .

Es gibt heute keine Meinungsverschiedenheiten mehr über die Erkenntnis, daß wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern erforderlich ist, um das Sozialprodukt zu erhöhen. Entwicklungsökonomien wissen aber auch, daß rasches Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, um Armut und Ungleichheit in der Dritten Welt zu beseitigen.

Genau hier muß eine neue internationale Entwicklungsstrategie der sozialen Gerechtigkeit ansetzen, damit der zu ökonomische Begriff des Wirtschaftswachstums erweitert und angereichert werden kann, und zwar durch z. T. qualitative Elemente in Richtung einer genuinen sozio-ökonomischen Entwicklung. Die Anreicherung von Wachstum in Richtung Entwicklung soll bewirken, daß der Nutzen des Wachstums auch den wenigen Privilegierten bis hin zu den ärmsten Schichten der Bevölkerung zugute kommen kann. Dieser trickle-down-Effekt müßte sich dabei sowohl innerhalb eines Entwicklungslandes vollziehen, als auch Gültigkeit haben für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern insgesamt.

Das impliziert aber, daß Umdenkungsprozesse und Strukturveränderungen teils in den Entwicklungsländern selbst, v. a. jedoch in den reichen Industrieländern stattfinden müssen, denn letztlich geht es darum, daß einerseits Privilegien abgebaut, andererseits Unterprivilegierte begünstigt werden müssen.

Bruno Knall, SSIP Bulletin No 46, Basel, 1977

So unentbehrlich auch die Meßmethoden des Bruttosozialprodukts sein mögen, so wenig taugen sie, um aus ihnen allein oder vornehmlich aus ihnen die Ziele des wirtschaftlichen Handels und den Nutzwert von Leistungen zu ermitteln.

Erhard Eppler

Wer will bezweifeln, daß heute die letzten Winkel des Erdballs und der Weltmeere in das Konzept der Ausbeutung genommen werden? Die Prognosen um die Jahreswende handeln von wirtschaftlichen Dingen: Bruttosozialprodukt, Bilanzen, Währungen, Import, Export, Energie, Rohstoffe, Arbeitslosigkeit. Das ist durchaus wichtig. Entscheidend für seine Zukunft aber wird immer mehr, daß sich der Mensch auf sich selbst und seine echten Bedürfnisse besinnt.

Herbert Gruhl

Mit Überstundenarbeit für die Planerfüllung sichern wir mühsam das Wachstum einer Warendecke an Gütern, Dienstleistungen, Unterhaltung usw., die unter allen gegebenen Umständen mit ihrem Überschuß über das Notwendige - ähnlich wie im Kapitalismus - nicht so sehr Entwicklung der Persönlichkeit vorantreibt als vielmehr *unterbliebene Persönlichkeitsentwicklung kompensiert*. Die Frage, wozu wir dieses Karussell zu immer schnellerer Umdrehung anspornen, bleibt der geheimen Verzweiflung der isolierten Individuen überlassen, und die Antwortendenz erscheint unter anderem in der steigenden Selbstmordrate.

Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln/Frankfurt 1977

STIMMEN AUS INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

1. Strategien und nationale Entwicklungspläne und -maßnahmen sollten ausdrücklich als Hauptziel die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Menschen des betreffenden Landes verfolgen. 2. Grundbedürfnisse im Sinne dieses Aktionsprogramms umfassen zwei Elemente. Erstens umfassen sie bestimmte Mindestforderungen einer Familie in bezug auf den privaten Verbrauch: ausreichende Ernährung, Wohnung und Kleidung sowie bestimmte Haushaltsgeräte und Möbel. Zweitens umfassen sie elementare Dienstleistungen der Gemeinschaft für die Gemeinschaft, wie Trinkwasserversorgung, sanitäre Anlagen, Verkehrsmittel, Gesundheits-, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Aktionsprogramm der ILO, beschlossen auf der Weltbeschäftigungskonferenz 1976

Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß Wachstumsindizes des Bruttosozialproduktes indirekt den Zuwachs jeder Einkommensgruppe mit ihrem bestehenden Anteil am Volkseinkommen gewichten. Da in den Entwicklungsländern die reichsten 40 Prozent der Bevölkerung normalerweise über 75 Prozent des gesamten Einkommens verfügen, stellt die Erhöhung des Bruttosozialproduktes im wesentlichen ein Maß für den Wohlstand dieser oberen Einkommensschichten dar.

Robert S. McNamara, Weltbank

Für die Entwicklungsländer muß Wachstum zuallererst Nahrung, Kleidung, Wohnung, grundlegende sanitäre Einrichtungen und Bildung bedeuten. Von Anfang an müssen die Arbeiter und die arme Landbevölkerung in die Planung und Überwachung der Programme einbezogen werden, damit sie sicherstellen können, daß das Wachstum für das Volk und nicht für die Herren da ist.

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften,
Manifest zum 1. Mai 1978

Eine Entwicklung, die die Armen in den Entwicklungsländern erreicht, damit sie so ihre grundlegenden menschlichen Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentliches Element in einer stabilen Weltgemeinschaft.

Development Assistance Committee der OECD

Die These, daß Entwicklung mit einer maximalen Produktion von Gütern und Dienstleistungen identisch ist – ganz gleich, was produziert und wie das Produzierte verwendet wird – erscheint in so platter Form vertreten absurd . . . Akzeptable und gangbare Entwicklungsstile setzen voraus, daß die betroffenen Gesellschaften ihre Produktion viel systematischer auf die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse ausrichten . . . Entscheidungen darüber, was produziert wird, erfordern zwangsläufig auch kompatible Ent-

scheidungen darüber, wie das Produzierte verteilt und wer es konsumieren wird. . . . Ein Entwicklungsstil kann nicht als annehmbar beurteilt werden, wenn er der Befriedigung der grundlegenden physischen und psychischen Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung nicht die höchste Priorität einräumt.

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
ECOSOC 1972

Die Fachgruppe Wirtschafts- und Finanzfragen des EG-Wirtschafts- und Sozialausschusses spricht sich in einer Studie über die Inflation darüber aus, daß in der Vergangenheit bei Investitionsvorhaben vorrangig berücksichtigte Rentabilitätskriterium durch ein Kriterium des allgemeinen Nutzwertes der geplanten Produktion zu ergänzen oder gar zu ersetzen.

VWD-Europa 1975

VI. UMSETZUNG IN DIE PRAXIS

Hanns-Peter Neuhoff und Detlef Schwefel

Bedürfnisorientierte Prüfung von Projekten, Programmen und Politiken

Eine bedürfnisorientierte Prüfung von Projekten, Programmen und Politiken bleibt nicht auf halbem Wege stehen. Denn es geht nicht nur um die Frage, ob Arbeitsplätze geschaffen werden und ob das Produzierte „rentabel“ vermarktet werden kann, sondern es geht darum, wer die Arbeitsplätze erhält und wer das Produzierte verbraucht. Damit nicht genug: entscheidend ist die anschließende Frage: wird das, was verbraucht wird, auch gebraucht? Um diese Frage beantworten zu können, braucht man materielle Verbrauchsstandards. Mit Hilfe „rationaler Budgets“ können Grundbedürfnisse dargestellt werden. Ob diese befriedigt werden, ist die Grundfrage einer bedürfnisorientierten Prüfung.

Entwicklungspolitische Aktivitäten sind vor allem Versuche, Marktwirtschaft zu exportieren. Eine bedürfnisorientierte Prüfung von Projekten, Programmen und Politiken muß fragen, ob und wie weit es sich empirisch nachweisen läßt, daß der Markt Bedürfnisse nicht nur weniger, sondern der Mehrheit der Bevölkerung befriedigt.

Beschäftigung und Bedürfnisbefriedigung

Mit zunehmender Ausweitung der Marktwirtschaft ist zur Bedürfnisbefriedigung das Geld notwendig. Man produziert nicht mehr primär für seinen eigenen Bedarf, sondern kauft Überlebensmittel auf dem Markt aus Einkommen, das aus dem Verkauf von Arbeitskraft bzw. von Produkten entsteht. „Produktive“ Beschäftigung ist somit eine wesentliche Voraussetzung für die Befriedigung der Bedürfnisse, auch wenn ein Großteil der Bevölkerung nicht in einem „marktwirtschaftlichen“ Beschäftigungsverhältnis steht: Frauen, Kinder, Arbeitslose, Marginalisierte, Bauern der Subsistenzwirtschaft usw. (Diese tragen in erheblichem Umfang zur Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung und zur Reproduktion der Arbeitskraft bei; auf diese Weise „korrigieren“ und ermöglichen sie zugleich die Fehlentwicklungen des marktwirtschaftlichen Prozesses.)

Bei der Prüfung von Projekten wurde die möglichst kostengünstige Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen bisher als entscheidendes sozioökonomisches Kriterium hervorgehoben. *Beschäftigung kann in der Tat zu einer Befriedigung des Bedarfs beitragen; ein Automatismus zwischen Beschäftigung und Bedürfnisbefriedigung besteht jedoch nicht.* Es kommt darauf an, wer die Beschäftigung erhält (zielgruppenorientierter Ansatz), wieviel dafür gearbeitet werden muß, unter welchen Arbeitsbedingungen gearbeitet werden muß, wieviel das erarbeitete Einkommen real bringt (gemäß tatsächlicher Einkommensverwendung gemessen in Gebrauchswerten) und ob damit der Bedarf des

Beschäftigten und seiner Familie gedeckt werden kann. Daß die Einkommensverteilung und -verwendung insbesondere in Entwicklungsländern oftmals durchaus „irrational“ ist, ist evident. *Es ist daher notwendig zu überprüfen, ob und inwieweit die Beschäftigungswirkungen von Projekten und Politiken bedürfnisorientiert sind; d. h. es ist die reale Kaufkraft zu ermitteln und zu untersuchen, ob sie denen zugute kommt, die den größten Bedarf haben. Außerdem ist zu überprüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Bedürfnisbefriedigung zu verbessern; z. B. können die Tarife für Trinkwasser so gestaffelt werden, daß der Grundbedarf nichts oder sehr wenig kostet und die darüber hinausgehenden Verbräuche zunehmend teurer werden.* Es ist klar, daß bei der Prüfung auch die indirekten Beschäftigungswirkungen berücksichtigt werden müssen. Daß sie berücksichtigt werden können, wurde oft genug nachgewiesen.

Produktion und Bedürfnisbefriedigung

Vernachlässigt wurde bei Prüfungen von Projekten, Programmen und Politiken bisher die Analyse der produzierten Tauschwerte im Hinblick auf ihren Gebrauchswert. Meistens argumentierte man folgendermaßen: Düngemittel steigern die Pflanzenproduktion und dies erhöht das Sozialprodukt; ob aber z. B. der gedüngte Reis in die Mägen der Oberklasse ging, interessierte kaum. Oder die Argumentation lautete: Baumwolle wird bislang importiert; würde man sie selbst anbauen, erzielte man eine Ersparnis von soundsoviel; außerdem könnte mit Gewinn Baumwolle exportiert werden. Mit diesem Ergebnis gab man sich zufrieden. *Was jedoch mit der erzielten Ersparnis oder mit den zusätzlichen Exporterlösen tatsächlich gemacht wurde, wurde vernachlässigt.*

Bei der Überprüfung der Bedürfnisbefriedigung durch Produktion geht es im wesentlichen um folgende Fragen:

- Welche Tauschwerte werden produziert? (z. B. Edelstahl)
- Wozu wird das Produzierte verwendet? (z. B. für Traktoren)
- Welches Endverbrauchsgut wird produziert? (z. B. Reis)
- Wie wird das Endverbrauchsgut verteilt; wer fragt den Reis nach? (z. B. 30 % Unterklasse, 70 % Rest der Bevölkerung)
- Besteht ein ungedeckter Bedarf an Reis? (z. B. für Unterklasse: ja; für den Rest der Bevölkerung: nein)

Handelt es sich um Güter wie Edelstahl, die vielfältig verwendet werden können, ist es in der Realität schwieriger, den „Produktpfad“ von der Produktion zum Verbrauch zu verfolgen, als bei direkt zur Verfügung stehenden Endverbrauchsgütern, wie z. B. Mäntel, Hirse, Wohnbauten und Möbeln. Aber auch hier läßt sich dieser Weg empirisch verfolgen: Mit Hilfe der dafür entwickelten „Produktpfadanalyse“ wurden so unterschiedliche Projekte und Programme analysiert wie Hospitäler, Staudämme, Elektrizitätswerke, Fernmeldeeinrichtungen, Edelstahlwerke, Düngemittelfabriken, Zementfabriken etc.

Die bedürfnisorientierten Prüfungsfragen

Die bei Projektprüfungen üblichen technischen, betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kriterien sind nicht ausreichend, wenn entwicklungspolitische Projekte daraufhin überprüft werden sollen, ob sie zur Bedürfnisbefriedigung der Masse der Bevölkerung beitragen. *Technische Prüfungen* sind natürlich unumgänglich; sie sind entwicklungspolitisch sogar von besonderem Wert, wenn sie auch Prüfungen alternativer Technologien enthalten: es genügt nicht festzustellen, ob der „Transfer“ der bei uns verwendeten Fernmeldetechnologie technisch einwandfrei ist; es muß auch geprüft werden, ob die gelieferten Anschlußeinheiten nicht etwa – im Gegensatz zu einem anderen System – soundsoviel Arbeitskräfte freisetzen; in man-

chen Fällen kann es um Zehntausende von Arbeitsplätzen gehen.

Betriebswirtschaftliche Prüfungen sind ebenfalls notwendig; das Überleben eines Projektes ist im allgemeinen an betriebswirtschaftliche Kriterien wie Rentabilität und Liquidität geknüpft. Es gilt aber auch hier zu überprüfen, woher ein eventueller Überschuss kommt, d. h. wer ihn bezahlt, und wie die Verwendung des Überschusses aussieht, ob dieser beispielsweise bei staatlichen Projekten in den Verteidigungshaushalt transferiert wird oder in die landwirtschaftliche Produktion.

Volkswirtschaftliche Prüfungen sind – richtig angewendet – sicherlich ebenfalls sinnvoll; sie beantworten aber den Kern unserer Fragestellung nicht, weil sie üblicherweise von Verteilungs- und Bedarfskategorien, teilweise sogar bewußt, abstrahieren. So bleiben die Fragen offen: Wem nützen Exportdiversifizierung und zusätzliche Exporterlöse, wem nützt die Steigerung des Bruttosozialproduktes usw.? Eine bedürfnisorientierte Prüfung ersetzt also die bisherigen Prüfungen nicht.

Die Fragen einer *bedürfnisorientierten Projektprüfung* lauten:

1. Was wird an Tauschwerten produziert?

Zu welchen Endverbrauchsgütern werden diese Produkte eventuell weiterverarbeitet?

Wer fragt die Endverbrauchsgüter nach?

Decken die Endverbrauchsgüter einen Bedarf (die Befriedigung von lebensnotwendigen Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung oder von Luxuskonsum)?

2. Wer wird beschäftigt (arm oder reich)?

Wie hoch ist das reale Einkommen der Beschäftigten (in Gebrauchswerten und im Verhältnis zur eingesetzten Arbeitszeit)?

Deckt das reale Einkommen den Bedarf (gemessen am „rationalen Budget“ für die gesamte Familie des Beschäftigten)?

Stellt man diese simplen Fragen, so erhält man oftmals erstaunliche (?) Ergebnisse, Ergebnisse die durchaus quantifiziert werden können, also in Präzision den sonstigen Prüfungskriterien in nichts nachstehen, Ergebnisse aber, die zeigen, daß noch viel zu tun bleibt, wenn man ein Oberziel „Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung“ nicht nur als gut „verkäufliche“, aber unverbindliche Erklärung in eine entwicklungspolitische Konzeption hineinschreibt.

Bedürfnispräzisierung durch „rationale Budgets“

Eine bedürfnisorientierte Prüfung von Projekten, Programmen und Politiken fragt also nicht nur, ob Arbeitsplätze geschaffen werden und ob das Produzierte nachgefragt wird, sondern sie fragt: wer wird beschäftigt, wer verbraucht das Produzierte? Und sie geht noch weiter: sie fragt, ob das, was verbraucht wird, auch gebraucht wird, ob ein gerechtfertigter Bedarf danach besteht. Ein solcher Bedarf kann ermittelt werden, indem man ein „rationales Budget“, das die Bedürfnisse darstellt, dem aktuellen Konsum (unterschiedlicher Gesellschaftsklassen) gegenüberstellt. Dieses Budget ist entscheidender Orientierungspunkt für eine bedürfnisorientierte Prüfung.

Was ist ein „rationales Budget“? Es ist ein Warenkorb von **Endverbrauchsgütern**. In diesem Warenkorb liegen z. B. Butter, Brot, Milch, Mohrrüben, Käse und dergleichen. Was in diesem Warenkorb liegt, entspricht nicht unbedingt dem, was aktuell gekauft wird, sondern dem, was gebraucht wird. Welche Güter dies im Einzelfalle sind, kann und darf weder ein Wissenschaftler allein, noch ein Politiker, noch eine abstrakte Norm entscheiden.

Im Falle der Ernährung kann ein Ernährungswissenschaftler jedoch sagen, wieviel Kalorien, Proteine, Mineralien, Aminosäuren und dergleichen erforderlich sind, um weder

unterernährt noch überernährt zu sein (*ernährungsphysiologische Standards*).

Der Sozialwissenschaftler kann sagen, welche Ernährungsgewohnheiten zur Zeit bestehen und wie sie sich tendenziell verändern werden; er zieht dazu Konsumstrukturuntersuchungen zu Rate (*Ernährungsgewohnheiten*).

Der Wirtschaftswissenschaftler kann analysieren, ob die Produktionskapazität des Landes gegenwärtig und auch zukünftig – nach bedarfsorientierten Veränderungen – ausreicht, um Nahrungsmittel zu produzieren, die den Ernährungsgewohnheiten und zugleich ernährungsphysiologischen Normen entsprechen (*Stand der Produktivkräfte*).

Der Politiker muß entscheiden, von kompetenten Wissenschaftlern unterstützt, ob dabei z. B. weiter für den Export produziert und die Bedarfsgüter importiert oder die Produktion der Bedarfsgüter im Land erfolgen soll (*Entwicklungsstrategie*).

Vor allem aber die Bevölkerung mit ihrem (wirtschafts-)wissenschaftlich nicht verzerrten gesunden Menschenverstand muß an diesem Austausch von Argumenten beteiligt sein. Nur die Betroffenen selbst können mit ihrer Alltagsrationalität die einzelwissenschaftliche Einäugigkeit und Schlitzohrigkeit und das Eigeninteresse der Fachleute korrigieren (*Demokratie*).

Schließlich – und nicht zuletzt – ist es wichtig, daß nicht einer an Hunger und ein anderer gleichzeitig an Fettsucht leidet (*Gleichheitsnorm*).

Die genannten Argumente können im wesentlichen auch auf die anderen Güter angewandt werden, die in einem tatsächlichen Konsumbudget vorzufinden sind, wie z. B. Textilien, Schuhe, Baumaterial usw.

Auch Dienstleistungen können in diesem Sinne in das rationale Budget aufgenommen werden, möglicherweise auch der Verbrauch an Zeit (Arbeitszeit versus Freizeit).

Der Grundgedanke des „rationalen Budgets“ ist die Ablehnung einer Lebensweise, die darauf beruht, daß manche verschwenden und viele hungern. Bei der Erstellung von „rationalen Budgets“ geht es keineswegs, wie Kritiker manchmal argwöhnen, darum, den Menschen ein möglichst karges Leben aufzuzwingen, sondern es geht um die Darstellung einer menschenwürdigen Lebensweise, die allen nützt und keinem schadet. Solange noch Unterernährung (und gleichzeitige Überernährung) entwicklungspolitisches Problem Nummer eins ist, ist es sinnvoll, zunächst einmal „rationale Budgets“ aufzustellen für Nahrungsmittel und für andere lebensnotwendige Bereiche: Schutz vor Kälte und Hitze (Wohnung, Kleidung), Schutz vor Unwissenheit und Übervorteilung (Erziehung), Schutz vor Krankheit (Gesundheit). In diesen Bereichen lassen sich Standards für einen rationalen Individual- und Kollektivkonsum relativ leicht begründen.

Beispiele für Projektprüfungen

Edelstahlwerk: Es wird Edelstahl produziert. Dieser Edelstahl wird zu 50 % in Schmieden weiterverarbeitet, zu 25 % direkt in der Automobilindustrie und zu 25 % in der Eisenbahnindustrie. Die Schmieden liefern ihre Produkte aus Edelstahl zu 25 % an die Verteidigungsindustrie, zu 60 % an die Automobilindustrie und den Rest an die Eisenbahnindustrie. Es muß demzufolge überprüft werden, was Eisenbahn-, Automobil- und Verteidigungsindustrie mit dem Edelstahl machen. Wenn beispielsweise der Edelstahl je zur Hälfte für Personenwaggons und Güterwagen benutzt wird und die Güterwagen nur – vereinfacht – Reis transportieren, der in dem betreffenden Land zu 80 % von der Oberklasse konsumiert wird, während die Personenwaggons zu 90 % von der Oberklasse genutzt werden, dann ergibt sich, daß nur 15 % vom Endverbrauch – Transport per Eisenbahn – von der Mehrheit der Bevölkerung verbraucht wird. Dies betrifft nur den Eisenbahnsektor. In ähnlicher Weise muß

der Automobilssektor – Pkw, Lkw, Taxis, etc. – durchforstet werden und auch der Verteidigungssektor. Daß dies sogar bei einem sehr viel breiteren Produktmix – Gesenkstahl, Baustahl, Schnellarbeitsstahl, rostfreier Stahl, etc. – möglich und machbar ist, wurde empirisch demonstriert.

Die nächste Frage – angenommen die Mehrheit der Bevölkerung ist zu 4 % am Endverbrauch beteiligt (das ist ein durchaus realistischer Wert) – lautet: wird das *gebraucht*, was verbraucht wird. Ein rationales Budget mag die Auskunft geben: nein oder zu 50 % oder ja. Im mittleren Fall brauchte also die Mehrheit der Bevölkerung nur 2 % des Produzierten. Das Projekt trüge dann zur Bedürfnisbefriedigung der Masse der Bevölkerung nur in solch geringem Ausmaß bei, daß es abzulehnen wäre.

Bei Produktionsvorbereitung, Produktion, Weiterverarbeitung und Kommerzialisierung fallen Arbeitsplätze an. Hier muß geprüft werden, wer sie erhält: bislang Arbeitslose, Facharbeiter, Akademiker? In einem bestimmten Projekt konnte gezeigt werden, daß nur 0,2 % der Arbeitsplätze bedarfsgerecht waren, die übrigen trugen zur Aufrechterhaltung einer Arbeiter-„Aristokratie“ bei.

Düngemittelfabrik: Es wird Düngemittel X=17-H-1 produziert. Dieses wird allein für die Baumwollproduktion verbraucht. Baumwolle wird zur Hälfte exportiert, der Rest wird für Oberklassenkleidung verwertet. Das Land habe während der letzten 10 Jahre eine starke Exportorientierung vertreten; der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung sei während dieser Zeit deutlich gesunken. Ein derartiges Projekt ist von der Produktseite her gesehen für eine Befriedigung von Grundbedürfnissen irrelevant.

Es werden beispielsweise nur bislang Arbeitslose beschäftigt. Das Realeinkommen steige aber nur mäßig, der Lohn reiche nicht aus, um ein „rationales Budget“ zu finanzieren. Dann ist dieses Projekt auch vom Beschäftigungs- und Einkommensverteilungseffekt aus gesehen nicht förderungswürdig.

Ländliches Krankenhaus: Es ist spezialisiert auf Gynäkologie und Allgemeinmedizin. Es werde nur zu 10 % von der Oberklasse in Anspruch genommen. Auf der Nachfrageseite ist es also eindeutig zielgruppenorientiert. Es zeige sich aber, daß bei Früherkennung 80 % der Krankheiten von paramedizinischem Personal schnell und effizient geheilt werden könnten; 20 % der Krankheiten seien ernährungsbedingt. Durch Anreize für häusliche Subsistenzproduktion von Grundnahrungsmitteln könnte man mehr als die Hälfte dieser Krankheiten vermeiden. Auch hiernach zeigt sich, daß das Projekt zwar nachfrageorientiert ist, nicht aber bedarfsorientiert, weil es irrational ist, Krankheiten im Krankenhaus zu heilen, die von vornherein vermieden werden und/oder effizienter ambulant gelindert werden könnten.

Bewässerung: Mit dem zusätzlichen Wasser eines Staudammes werden Lebensmittel hergestellt, die entweder als Subsistenzproduktion den Bauern direkt zugute kommen oder über den Markt an die Mehrheit der Bevölkerung verteilt werden. Die Produkte entsprechen vollständig dem „rationalen Budget“. Die zusätzlichen Einkommen der Bauern tragen ebenfalls zur „rationalen“ Verbesserung ihrer Bedürfnisbefriedigung bei. Ein solches bedürfnisorientiertes Projekt wäre besonderes förderungswürdig.

Welche Lehren sind zu ziehen?

Es reicht nicht aus, sektorale Schwerpunkte der Entwicklungspolitik zu setzen. Je nach Rahmenbedingungen können gleiche Projekte in unterschiedlichen Situationen eine völlig unterschiedliche Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung der Mehrheit haben. Stahl kann für Bomben und Pumpen verwendet werden; Gesundheitszentren können die Lebensbedingungen für wenige Wohlhabende oder für viele Arme verbessern. Wie das Produzierte verbraucht wird und ob es gebraucht wird, darauf kommt es an. Das muß von

Wenn in einem Entwicklungsland 90 Prozent der tatsächlich erbrachten lebensnotwendigen Leistungen im Brutto-sozialprodukt dieses Landes gar nicht verzeichnet werden, weil sie in der Form reiner Selbstversorgung erbracht werden und daher nicht im Geldkreislauf und in der daran geknüpften volkswirtschaftlichen Statistik erscheinen, dann bedeutet dies offensichtlich nicht, daß diese Leistungen nicht existieren oder daß sie wertlos sind.

Erhard Eppler

Projekt zu Projekt, von Programm zu Programm und von Politik zu Politik geprüft werden. Nichts wäre falscher, als sektorale Schwerpunkte zu setzen und dann nicht mehr genau hinzugucken.

Bei der Planung z. B. von landwirtschaftlichen Projekten und Programmen muß daher angegeben werden, welche Schwerpunkte im einzelnen gesetzt werden sollen. Diese Schwerpunkte sollten sich produktspezifisch am rationalen Budget orientieren. Es sind Produkte, nach denen Bedarf besteht und die zugleich mit steigendem Realeinkommen steigende Nachfragetendenz aufweisen. Im Rahmen einer Markt- und Mischwirtschaft ist es vermutlich des öfteren notwendig, arbeitsintensive Produktionsmethoden deshalb zu wählen, weil die Verteilung der Güter nur über zusätzliche Arbeitseinkommen möglich ist. Bei einer gut funktionierenden Verteilung kann die jeweils kostengünstigste Produktionsmethode gewählt werden – diese könnte z. B. auch eine sehr hohe Kapitalintensität haben. *Auch hieran sieht man, daß unter dem Blickpunkt der Bedürfnisbefriedigung Arbeitsintensität als Beurteilungskriterium möglicherweise irrelevant sein kann. Auch hier muß man genau hinsehen und sich vor falschen Formeln fürchten.*

Bedürfnisorientierte Analyse, Planung und Politik ist auch in diesem Sinne keine Rezeptur. Es ist vielmehr eine Art zu denken und zu sehen.

Realisierung einer bedürfnisorientierten Entwicklungspolitik

Es wird bisweilen behauptet, daß sehr viele Projekte einer bedürfnisorientierten Prüfung nicht standhalten können. Mag sein: aber dies könnte man ja ändern.

Es wird gesagt, daß man umfangreiche Projektfindungen durchführen müsse. Mag sein: aber auch dies wäre wirtschaftlich machbar.

Es wird argumentiert, daß die Regierungen der meisten Entwicklungsländer dabei nicht mitspielen würden. Mag sein, aber hat man sie einmal ernsthaft gefragt?

Es ist noch keineswegs ausgemacht, daß man nicht genügend bedürfnisorientierte Vorhaben finden könnte, um den ohnehin bescheidenen Entwicklungshilfeeinsatz auszuschoöpfen.

Wenn man aber zunehmend Politik zur Sicherung der Absatzmärkte und der Rohstoffbasis betreiben will, dann sollte man sich darüber im klaren sein, daß man Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik macht, aber nicht Entwicklungspolitik.

Der geht es – es gibt immer noch unverbesserlich Naive, die das schreiben – um die Hunderte von Millionen Menschen, die unter zunehmend menschenunwürdigeren Bedingungen leben müssen.

Entwicklungspolitik sollte daraufhin zielen, die grundlegenden Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern direkt zu befriedigen oder zumindest Ansätze bzw. Modelle hierfür zu entwickeln. Die methodischen Instrumente zur Realisierung einer solchen Politik sind vorhanden; was fehlt, ist – so paradox dies für manche klingen mag – die politische Durchsetzung der Interessen der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten.

Bedürfnisorientierte Entwicklungspolitik – Weiterführende Literatur

Zur Zeit gibt es noch keine einheitlichen Kriterien, nach denen eine Literaturliste über die Bedürfnisorientierung bei Politik, Planung und Evaluierung erstellt werden könnte. Überlegungen und Ansätze zur Bedürfnisdiskussion finden sich oftmals gerade dort, wo man sie nicht vermutet und oftmals dort nicht, wo man sie eigentlich erwartet. Im folgenden werden sechs Bereiche aufgelistet, in denen sich nach Meinung der Autoren theoretisch interessante, empirisch abgesicherte und praktisch relevante Beiträge finden lassen.

A. Internationale Verlautbarungen und Forderungen

Bei fast allen internationalen Organisationen wird zur Zeit über Bedürfnisse und Grundbedürfnisse diskutiert und debattiert. Vorreiter dieser Diskussion waren insbesondere ul Haq und die ILO.

Ul Haq, M., Employment and Income Distribution in the 1970s: A New Perspective, in: Development Digest, Vol. 9 (4) 1971.

Internationales Arbeitsamt (ILO), Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse, Genf 1976.

Herrera, A.O. u. a., Grenzen des Elends. Das BARILOCHE-Modell: So kann die Menschheit überleben, Frankfurt 1977.

International Bank for Reconstruction and Development (IBRD), Undernutrition and Poverty, Washington 1975.

United Nations Economic and Social Council, Report on a Unified Approach to Development Analysis and Planning, Genf 1974.

McNamara, R. S., Address to the Board of Governors, Nairobi 1973.

B. Ansatzpunkte zu einer Bedürfnistheorie

Bedürfnistheoretische Überlegungen finden sich insbesondere in kritischen Auseinandersetzungen mit der herrschenden Ökonomie. Staatstheoretische Ansätze und Fragen der politischen Ökonomie stehen dabei im Vordergrund. Psychologische Bedürfnisansätze werden im folgenden nicht berücksichtigt.

Kotik, J., Konsum und Verbrauch. Gesellschaftlicher Reichtum, Gebrauchswert, Nutzungsprozeß, Bedürfnisse, Hamburg 1974.

Winterer, B., Traktat über Elend und Bedürfnis. Vorüberlegungen zu einer Theorie der Verelendung, Hamburg 1973.

Mandel, E., Marxistische Wirtschaftstheorie, 2. Band (insbesondere Kap. 17), Frankfurt 1972.

Dobb, M., Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine nationalökonomische Dogmengeschichte, Frankfurt 1977.

Pohrt, W., Theorie des Gebrauchswerts, Frankfurt 1976.

Heller, A., Theorie der Bedürfnisse bei Marx, Berlin 1976.

Lehmann, H., Grenznutzentheorie, Berlin 1977.

Altwater, E., Zu einigen Problemen des

Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 3, 1972.

Flatow, S. von und F. Huisken, Zum Problem der Ableitung der bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 7, 1973.

Hondrich, K. O., Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung, Hamburg 1975.

Scherhorn, G., Bedürfnis und Bedarf. Sozialökonomische Grundbegriffe im Lichte der neueren Anthropologie, Berlin 1959.

Chombart de Lauwe, P.-H., Aspirations et Transformations Sociales, Paris 1970.

Bucharin, N., Das Elend der subjektiven Wertlehre, 2. Auflage, Frankfurt 1972.

Marxismus Digest, Heft 3, 1973: Bedürfnisse, Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und Konsum im Kapitalismus. Mehnert, A., Bedürfnisse – Manipulierung – individuelle Konsumtion in der BRD, Frankfurt 1973.

C. Bedürfnisforschung in der „Ersten Welt“

Die „Sozialindikatorenbewegung“ hat fast unüberschaubare Literatur produziert. Es gibt inzwischen eine Reihe von Zeitschriften zu diesem Thema, z. B. „Social Indicators Newsletter“. Auch in der Bundesrepublik befassen sich eine Reihe von Personen und Institutionen mit diesem Thema.

Zapf, W., Zur Messung der Lebensqualität, in: Zeitschrift für Soziologie, Vol. 1 (4) 1972. Zapf, W. (Hrsg.), Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze, Frankfurt 1974.

Leipert, C., Soziale Indikatoren. Überblick über den Stand der Diskussion, in: Konjunkturpolitik, Vol. 19 (4) 1973.

Werner, R., Soziale Indikatoren und politische Planung, Reinbek 1975.

Russett, B. M. u. a., World Handbook of Political and Social Indicators, New Haven 1965 (und Neubearbeitungen).

Wilcox, L. D. u. a., Social Indicators and Societal Monitoring, Amsterdam 1972.

Baster, N., Development Indicators: An Introduction, in: The Journal of Development Studies, Vol. 8 (3) 1972 (und andere Beiträge in dieser Zeitschrift).

Baqai, M., GNP-ism, in: CERES/FAO-Review, Vol. 5 (4) 1972.

D. Bedürfnisforschung in der „Zweiten Welt“

Unter der Themenstellung „Bedürfnisbefriedigung als Grundgesetz des Sozialismus“ wird seit Ende der 60er Jahre insbesondere auch in der DDR darüber diskutiert, wie die Volkswirtschaft auf das Ziel der Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse ausgerichtet werden kann. Sehr wichtige Beiträge sind enthalten in der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“. Zugängliche Literatur aus der UdSSR enthält die Zeitschrift „Problems of Economics“.

Koziolok, H. (Hrsg.), Grundfragen der Entwicklung und Befriedigung der Bedürfnisse unter dem Aspekt der untrennbaren

Einheit von Ziel und Mittel der Hauptaufgabe, Berlin 1973.

Rohrberg, P., Bedürfnisse und Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1974.

Raitsin, V. I., Planning the Standard of Living According to Consumption Norms, in: Problems of Economics, Vol. 11 (6/7) 1969.

Schutow, I. N., Die individuelle Konsumtion im Sozialismus, Berlin 1972.

Waltuch, K. K., Entwicklungsproportionen und Befriedigung der Bedürfnisse, Berlin 1972.

E. Bedürfnisforschung in der 3. Welt

Bedürfnisorientierte Planung und Politik schlägt sich am deutlichsten nieder im Entwurf von Modellen zu einer nationalen Nahrungsmittel- und Ernährungspolitik. In fast allen Ländern gibt es Kommissionen oder Institute dafür. Die theoretischen, empirischen und praktischen Ansätze sind zumeist noch in oftmals vertraulichen Papieren enthalten. Aber auch die FAO engagiert sich in diesem Bereich, ebenso wie die United Nations University (UNU), einige Wissenschaftler von MIT, Sussex, etc.

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), Food and Nutrition Strategies in National Development, Rom 1976.

Instituto de Nutrición de Centro América y Panamá (INCAP), Guía para la Definición y Formulación de una Política y un Plan de Alimentación y Nutrición para los Países de Centro América y Panamá, Guatemala 1975.

Proyecto Interagencial de Promoción de Políticas Nacionales de Alimentación y Nutrición, Lima und Santiago de Chile 1973 (verschiedene Berichte).

Joy, L. und P. Payne, Food and Nutrition Planning, Rom (FAO) 1975.

Hakim, P. und G. Solimano, Nutrition and National Development: Establishing the Connexion, Cambridge, Mass. (MIT) 1975.

Abercrombie, K. C., Setting a Social Maximum and a Social Minimum for Food and Nutrition, in: Food and Nutrition (FAO), Vol. 1 (4) 1975 (und verschiedene andere Aufsätze in dieser Zeitschrift).

F. Bedürfnisse, Entwicklung, Entwicklungshilfe und -politik

Über diesen Aspekt gibt es noch kaum eine systematische Literatur. Die folgenden Veröffentlichungen scheinen jedoch auf einige brauchbare Ansatzpunkte hinzuweisen.

Bohnet, M. und R. Betz, Einkommensverteilung in Entwicklungsländern, München (IFO) 1975.

Chenery, H. u. a., Redistribution with Growth, London 1974.

Kantowsky, D. (Hrsg.), Evaluierungsforschung und -praxis in der Entwicklungshilfe, Zürich 1977.

Schwefel, D., Beiträge zur sozioökonomischen Beurteilung von Investitionsvorhaben, Frankfurt (KfW) 1975.